ihre einstimmige Ueberzeugung von der Nothwendigkeit einer Aenderung in der Art der Beschaffung des öffentlichen Geldbedarfs von der Mehrheit der Bevölkerung und der Vertretung derselben zur Zeit nicht in dem Maße getheilt wird, daß übereinstimmende Beschlüsse der beiden gesetzgebenden Körperschaften des Reichs mit mehr Wahrscheinlichkeit wie im Vorjahre in Aussicht genommen werden könnten.

In der Erwägung, daß die Regierungen kein anderes Interesse haben, als das der Nation, begrüßt Seine Majestät der Kaiser darauf, die eigene Ueberzeugung von der Nothwendigkeit der bisher vergebens erstrebten Steuerreform von neuem zur Geltung zu bringen, solange das Bedürfniß nicht auch im Volke zur Anerkennung gelangt sein und bei den Wahlen seinen Ausdruck gefunden haben wird.

Die Weiterführung der auf Grund der Allerhöchsten Botschaft vom 17. November 1881 in Angriff genommenen sozialpolitischen Gesetzgebung liegt Seiner Majestät dem Kaiser und Seinen hohen Bundesgenossen unablässig am Herzen. Mögen auch einzelne Bestimmungen der über die Kranken- und Unfallversicherungen erlassenen Gesetze verbesserungsfähig sein, so darf doch mit Genugthuung anerkannt werden, daß die Wege, welche das Deutsche Reich auf diesem Gebiete, anderen Staaten voran, zuerst beschritten hat, sich als gangbar erwiesen und daß die neuen Einrichtungen im allgemeinen sich bewähren. Die nächste Aufgabe für die Entwickelung dieser Einrichtungen besteht darin, die Wohlthaten der Unfallversicherung auf weitere Kreise der arbeitenden Bevölkerung zu erstrecken. Zu diesem Zweck werden Ihnen zwei Gesetzentwürfe vorgelegt werden. Der eine regelt die Unfallversicherung für die Seeleute, der andere für die bei Bauten beschäftigten Arbeiter, so weit dieselben von der bisherigen Gesetzgebung noch nicht erfaßt worden sind. Erst wenn die Unfallversicherung der Arbeiter hierdurch in einem weiteren erheblichen Maße der Durchführung näher gebracht sein wird, kann dazu übergegangen werden, auf der Grundlage der neugeschaffenen Organisationen den arbeitenden Klassen ein entsprechendes Maß der Fürsorge auch für den Fall des Alters und der Invalidität zuzuwenden. Zur Erreichung des Zieles aber werden Aufwendungen aus Reichsmitteln erforderlich werden, welche bei unserer derzeitigen Steuergesetzgebung nicht verfügbar sind.

In voller Würdigung der Bedeutung des Handwerkerstandes für die allgemeine soziale Wohlfahrt sind die verbündeten Regierungen mit Interesse den Bestrebungen gefolgt, durch welche das deutsche Handwerk seine korporativen Verbände zu stärken und seine wirthschaftliche Lage zu heben trachtet. Ueber die Wege, welche die Gesetzgebung in dieser Richtung einzuschlagen hat, schweben Erwägungen, welche zur Zeit noch nicht zum Abschluß gelangt sind, welche aber die Aussicht eröffnen, daß es gelingen werde, zu einem dem berechtigten Interessen dieses Standes entsprechenden Ergebniß zu kommen.

Die gesetzlich vorgeschriebene Revision des Servistarifs und der Klasseneintheilung der Orte ist in der letzten Session des Reichstags nicht mehr zum Abschluß gekommen. Die darauf bezügliche Vorlage wird Ihnen daher aufs neue zur Beschlußfassung zugehen.

Auch der in der vorigen Session nicht zur endgültigen Berathung gelangte Gesetzentwurf über die Errichtung eines Seminars für orientalische Sprachen wird alsbald wieder eingebracht werden.

Der Reichstag hat seinen auf eine Ermäßigung der Gerichtsgebühren und eine Revision der Gebührenordnung für Rechtsanwälte gerichteten Wünschen wiederholt Ausdruck gegeben. Die angestellten Ermittelungen haben, abgesehen von einzelnen Bestimmungen des Gerichtskostengesetzes über die Werthfestsetzung, das Bedürfniß einer Aenderung der bestehenden Gerichtskostengesetze nicht erkennen lassen. Dagegen theilen die verbündeten Regierungen die Ansicht, daß die Gebührenordnung für Rechtsanwälte ohne Beeinträchtigung der berechtigten Interessen dieses Standes in einigen Ansätzen eine Ermäßigung erfahren kann. Es wird Ihnen daher ein entsprechender Gesetzentwurf vorgelegt werden.

Die Beziehungen des Deutschen Reiches zu allen auswärtigen Staaten sind freundlich und befriedigend. Die Politik Seiner Majestät des Kaisers ist unausgesetzt dahin gerichtet, nicht nur dem deutschen Volke die Segnungen des Friedens zu bewahren, sondern auch für die Erhaltung der Einigkeit aller Mächte den Einfluß im Rathe Europas zu verwerthen, welcher der deutschen Politik aus ihrer bewährten Friedensliebe, aus dem durch diese erlangten Vertrauen anderer Regierungen, aus dem Mangel eigener Interessen an schwebenden Fragen und insbesondere aus der engen Freundschaft erwächst, welche Se. Majestät den Kaiser mit den beiden benachbarten Kaiserhöfen verbindet.

Auf Allerhöchsten Befehl Sr. Majestät des Kaisers erkläre ich im Namen der verbündeten Regierungen den Reichstag für eröffnet.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

— Angesichts der ja zweifellos nicht unbedenklichen internationalen Situation glauben natürlich die Sensationsjournalisten in aller Herren Länder ihre Zeit gekommen und debutiren mit allerlei alarmirenden Meldungen. Ein irisches Blatt, die „Dublin Nation", welche dem Lordmayor von Dublin gehört, veröffentlicht sogar — welche beneidenswerthe Divination! — schon die Grundzüge eines Vertrages, welcher angeblich zwischen England, Oesterreich-Ungarn, Italien und Deutschland geschlossen worden ist. Das Blatt sagt, daß ihm der Bericht von einem „vorzüglich gut unterrichteten" Correspondenten in Wien zugehe, und die englischen Blätter meinen, daß ein hoher Geistlicher der Verfasser sei. Folgendes sind die Hauptpuncte des famosen Vertrages:

1) Im Falle eines Krieges mit Rußland besetzt die österreichische Armee Süd-Ungarn und Serbien. Die englische, die österreichische und die italienische Flotte segeln in das Schwarze Meer. Deutschland betheiligt sich an dem Kriege nur dann, falls Rußland Verbündete hat, jedoch wird es 500,000 Mann an der polnischen Grenze bereit halten, um Oesterreich zu unterstützen, falls es von Rußland geschlagen wird.

2) In Bezug auf die Türkei. Stellt die Türkei ihre Armee zur Verfügung der Alliirten, so wird die Integrität des türkischen Reiches garantirt und die Mitglieder des Bündnisses tragen die Kosten der türkischen Rüstungen. Erklärt sich die Türkei für Rußland, oder sperrt sie den vereinigten Flotten den Bosporus, so wird eine österreichische Armee Griechenland, Macedonien, Serbien, Bulgarien und Konstantinopel unterjochen, nachdem die Türken vorher auf allen Seiten aus Europa vertrieben werden. Griechenland erhält Kreta.

3) Bezüglich Frankreichs. Verhält sich Frankreich ruhig, so werden sich Deutschland und Italien damit begnügen, die französische Grenze zu beobachten. Verbündet sich Frankreich mit Rußland, so wird eine Million Deutsche, ohne vorherige Kriegserklärung, in Frankreich einfallen und werden 200,000 Italiener die Alpen überschreiten. Zur Belohnung erhält Italien Savoyen und Nizza.

Von den übrigen „Enthüllungen" des angeblichen Wiener Prälaten sei nur noch angeführt, daß Deutschland im Falle eines Sieges die russischen Ostsee-Provinzen bekommt und ein selbstständiges Polen eine Schutzwehr gegen das Moskowiterthum bilden soll. Frankreich darf nach einer neuen Niederlage seine Grenzen nicht mehr befestigen und es wird ihm das Halten einer Armee nach dem System der allgemeinen Wehrpflicht verboten. Italienische Blätter, wie „Opinione" und „Riforma", reden von einer angeblich beabsichtigten Flottenkundgebung der Mächte im Schwarzen Meere, und wissen zu erzählen, Italien werde sich an derselben mit den Panzerschiffen „Italia" und „Lauro", mit dem Rammschiff „Saffo", den Kolosdampfern „Marcantonio", „Colonna" und einem Torpedo-Beschwarer beteiligen. Erfindlicher ist vielleicht die Meldung zu nehmen, es seien von Rom aus Präliminar-Vorschläge wegen Einberufung einer europäischen Conferenz zur Regelung der bulgarischen Frage gemacht worden.

Die „Neue Pr. Ztg." bemerkt, daß die Lage ihren classischen Ausdruck in der Verleihung des Georgskreuzes an den bekannten „Kawassen von Pattippopel" finde. „Das russische Heer", so schreibt die „N. Pr. Ztg." weiter, „wird sich auch in diesem Falle den Willen seines Kaisers beugen; daß es sich aber nicht im Innersten verletzt fühlen sollte, müssen wir für ganz undenkbar halten. Der Georgenorden wird, wie allgemein bekannt, nur für unmittelbare Auszeichnung vor dem Feinde verliehen; jener Kawasse aber scheint sich nichts weiter gezollt zu haben, als eine Tracht Schläge, die im höchsten Grade verdient waren. Und dafür das Georgskreuz! Der Geschmack ist verschieden. Ueber den Fürsten von Mingrelien schreibt man von sozialdemokratischer Seite: „Der in den Zeitungen jetzt wohl ohne Grund als Candidat für Bulgarien genannte Fürst von Mingrelien soll eine durch Krankheit und häusliches Unglück völlig apathisch gewordene Persönlichkeit sein; seine Frau (eine geborene Mollenberg) — absolument impossible — auch für die „halbasiatischen" Länder dort unten mit ihren weiten Begriffen." Wenn es sich so verhielte, wäre es deshalb nicht unwichtig, weil es die Absicht Rußlands, einen bloßen Strohmann nach Bulgarien zu schicken, in das unzweideutigste Licht stellen würde."

— Der „K. Z." schreibt man aus Berlin; Am letzten Donnerstag ist ein englischer Courier auf der Reise nach Petersburg hier durchgekommen. Wie verlautet, ist derselbe Ueberbringer wichtiger Depeschen der englischen Regierung an den Botschafter in Petersburg, deren Inhalt einen gewissen Einfluß auf die Sprache üben dürfte, welche der Botschafter gegenüber dem russischen Vorgehen führen wird. Die auswärtige Politik Englands weist zur Zeit deutlichere Accente auf als jemals, seitdem Lord Beaconsfield von der Regierung zurückgetreten ist, und wenn die englischen Diplomaten mit demselben Geschick dabei verfahren, welches sie in der letzten Zeit entwickelt haben, so ist vorauszusehen, daß Englands Stimme im Rathe der Völker wieder so einflußreich werden wird, wie je zuvor in diesem Jahrhundert. Was man an der Politik Lord Salisburys und seiner Freunde heute lobt, das ist vor allem der Umstand, daß sie Umsicht und Kühnheit vereint. Sie ist gleich weit entfernt von der oft abenteuerlich gearteten aggressiven Politik Lord Palmerstons, wie von der Zauderpolitik Gladstones, der stets den Versuch macht, den Pelz zu waschen, ohne ihn naß zu machen. Im Schoße des Cabinets von Sanct James weiß man, daß die politische Lage große Vorsicht erheischt, wenn nicht die kostbaren Güter des Friedens um ein Kleines aufs Spiel gesetzt werden sollen. Noch hat der andere Theil seine letzten Karten nicht ausgespielt, noch kann man ruhigen Blutes abwarten, welche Trümpfe er noch in der Hand hat. Zu einer offenen Sprache ist es also noch Zeit. Uebrigens weiß man, daß die englische Politik nicht allein in Bulgarien wachsam ist. Mit eben so großer Sorgfalt blickt sie nach Indien und Aegypten. In London hat man schon vor einiger Zeit Nachrichten über russische Truppenbewegungen an den Grenzen Afghanistans erhalten, und wenn man daraus auch keine unmittelbaren Besorgnisse schöpft, so hat man doch Veranlassung genommen, gewisse militärische Maßregeln der Vorsicht zu treffen. Von englischer Seite hier — in Berlin — wird das bestätigt, mit dem Zusatze: „Wir sind auf Alles gefaßt."

Berlin, 25. November. Die „Nordd. Allg. Ztg." sagt nochmals gegenüber den „Times", daß zwischen den Vertretern Rußlands und Deutschland in Sofia thatsächlich keine Besprechung wegen Uebernahme der Vertretung der russischen Unterthanen stattfand, durch Thielmann auch keine Instruktion oder Frage von Berlin eingeholt worden ist, vielmehr ließ die russische Regierung, dem diplomatischen Brauche entsprechend, in Berlin den Wunsch aussprechen, daß der deutsche Generalkonsul die russische Vertretung übernehme. Derselbe wurde von Berlin aus hierzu telegraphisch ermächtigt, ohne daß seinerseits eine Instruktionseinholung stattgefunden oder ihm Veranlassung zu einer solchen vorgelegen hat. Die Version des Wolff'schen Telegraphenbureaus ist demnach die allein richtige.

Duisburg, 24. Novbr. Die „Rh. W. Z." meldet: Ein seit langen Jahren in Duisburg unerhörtes Eisenbahnunglück hat sich heute hier zugetragen. Der gegen halb zehn Uhr fällige Schnellzug aus Düsseldorf erlitt nämlich einen Zusammenstoß mit dem fast zu gleicher Zeit nach Hochfeld abgehenden Güterzug, indem er auf der Kreuzung der beiden betreffenden Geleise, zwischen dem Central-Bahnhof und dem Grunewald, mit voller Wucht in die Flanke des letzteren Zuges lief. Infolge dessen wurden drei beladene Kohlenwagen aus dem Geleise geworfen, zwei davon vollständig und der dritte zum Theil zertrümmert. Kohlen und Wagenreste bildeten einen Haufen. Die Lokomotive des Personenzuges entgleiste und wurde halb umgeworfen. Der im folgenden Gepäckwagen fuhr in den ihm folgenden Personenwagen 3. Klasse hinein und zerdrückte in demselben zwei Koupees, in denen sechs oder sieben Personen saßen, die alle mehr oder weniger verletzt wurden. Die heftigen Nothsignale, der Krach des Zusammenstoßes und das Hülfegeschrei rief rasch Leute genug zusammen, um drei in dem schwer beschädigten Personenwagen eingeklemmte Passagiere, zwei Damen und einen Herrn, zu befreien. Die Koupeetheile mußten förmlich um sie herum weggerissen und weggeschlagen werden. Besonders eine jüngere Dame, die Frau des Bahnassistenten Schöllen aus Düsseldorf, Schützenstraße 7, befand sich in entsetzlicher Lage. Sie konnte kein Glied bewegen, sie war mit Kopf, Armen und Füßen eingeklemmt. Blutüberströmt wurde sie dann nach dem St. Vincenzhospitale gebracht und ist ihr Zustand sehr bedenklich, namentlich wegen der Kopfverletzung. Ihr Gatte kam auf telegraphische Nachricht mit dem nächsten Zuge hierher geeilt. Die Verletzungen der übrigen Personen liegen eine Ueberführung derselben ins Hospital nicht dringend nothwendig erscheinen. Mehrere Aerzte legten im Bahnhofe Verbände an, sodaß die betreffenden trotzdem weiter reisen konnten. Der schwere Unfall hatte natürlich allgemeine Betriebsstörung zur Folge, alle Züge bekamen mindestens eine Stunde Verspätung, trotzdem man mit der Aufräumung sofort begann. Der Herr Erste Staatsanwalt Weyer begab sich in Begleitung des Herrn Polizeiinspektors Terpe und eines Gerichtsbeamten sogleich auf die Unglücksstätte zur vorläufigen Aufnahme des Thatbestandes. Die betreffenden Weichenwärter trifft aber, wie wir vernehmen, keine Schuld. Dem Schnellzuge war nämlich das Einfahrtssignal noch nicht gegeben, sein Lokomotivführer behauptet das Gegentheil. Es war nebliges Wetter.

Frankreich.

Paris, 23. Nov. Der Touloner Hafen war gestern Zeuge eines seltsamen Vorspiels der Verbrüderungsfeier der Republik mit dem selbstherrlichen Zarenreiche. Kurz vor dem Abgang des französischen Transportschiffes Bien-Hoa nach Tongking begaben sich die Officiere der dort augenblicklich liegenden russischen Fregatten Dimitry Donskoy und Astrolog an Bord der Bien-Hoa, um die französischen Kameraden ihrer Freundschaft und Sympathie zu versichern. Darob großes Entzücken unter den Franzosen, man bewirthete die lieben Gäste nach Kräften und trank viel und oft auf das Wohlergehen Rußlands und Frankreichs. Erst als das Schiff sich in Bewegung setzte, stiegen die russischen Officiere in ihre Boote, ließen abermals Frankreich hochleben und ernteten dafür wieder und wieder ein „Vive la Russie" der Franzosen. Den Höhepunkt erreichte die Begeisterung, als die Musik des Dimitry Donskoy die vorüberfahrende Bien-Hoa mit der Marseillaise begrüßte. Der französische Commandant ließ seine Matrosen ins Takelwerk steigen und ein dreifaches Hurrah tönte herüber, die Russen ahmten das Beispiel der Franzosen nach und Hurrah auf Hurrah erscholl, und wenn die Bien-Hoa nicht abgesegelt ist, so schreien sie wahrscheinlich jetzt noch.

Rußland.

Petersburg, 24. Nov. Das „Journ. de St. Petersbourg" glaubt zu wissen, daß die kaiserliche Regierung in Folge der Abreise des Generals Kaulbars und aller russischen Konsuln in Bulgarien und Ostrumelien den Schutz der russischen Unterthanen in Bulgarien Deutschland anvertraute, und daß nur in Ostrumelien, wo es keine deutschen Konsuln gäbe, die russischen Unterthanen dem Schutze Frankreichs unterstellt sein würden.

Türkei.

Varna, 24. Nov. Die ersten Versuche der Pforte, in Sofia Vermittlungsvorschläge vorzubringen, die eine Annäherung an Rußland ermöglichen könnten, sind sicherm Vernehmen nach gescheitert. Zunächst ist die Anfrage, ob die Bulgaren geneigt sein würden, den Dadian von Mingrelien zum Fürsten zu wählen, von der Regentschaft mit einer entschiedenen Verneinung beantwortet worden. Ebenso ist der türkische Vorschlag, die Regentschaft möge abdanken und an ihre Stelle solle der Sultan als Suzerän neue Regenten ernennen, entschieden abgelehnt worden.

Egypten.

Aus Kairo trifft die Nachricht ein, daß 50,000 Abessinier unter Ras Alula im Anmarsche auf Kassala seien. Diese Nachricht deutet auf das Bevorstehen neuer Verwickelungen in Afrika hin, welche England und Italien ernste Verlegenheiten bereiten könnten. Unwillkürlich erinnert man sich bei diesem Anlasse an schon vor längerer Zeit aufgetauchte Nachrichten über russisch-abessinische Machenschaften, und man kann sich kaum der Vermuthung erwehren, daß die Früchte derselben schwerlich zufällig gerade jetzt zum Vorschein kommen, wo Rußland ein Interesse daran hat, sowohl England als Italien beschäftigt zu sehen.

Amerika.

New-York, 24. Novbr. Da in dem Prozesse gegen den früheren Schöffen von New-York Mr. Quade, welcher wegen Bestechung angeklagt ist, die Jury sich nicht über ein Verdikt einigen konnte, so ist eine neue Prozeßverhandlung in dieser Angelegenheit auf den 29. d. M. anberaumt worden. — Dem obersten Gerichtshofe des Staates Illinois ist ein Gesuch unterbreitet worden, die Hinrichtung der sieben in Chicago zum Tode verurtheilten Anarchisten aufzuschieben.

Aus Sachsen.

Leipzig, 23 November. Am 26. September d. J., an einem Sonntage, spielte sich bekanntlich auf dem Wege zwischen Leipzig und Gohlis aus Anlaß der durch die königl. Kreishauptmannschaft verfügten Ausweisung des Tischlergesellen Schumann ein großer Exceß ab, welcher sich zum förmlichen Aufruhr gestaltete und weithin das größte Aufsehen hervorrief. Am heutigen Tage fand vor dem hiesigen Schwurgericht das erste Nachspiel jenes Excesses statt, dem ein zweites in den nächsten Tagen vor dem königl. Landge-